

Zwischen Steuerfrust und Zukunftschancen

Das Betreute Wohnen in Familien

Von Reinhold Eisenhut

Wenn Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung in Gastfamilien leben, spricht man von Familienpflege oder auch – moderner – von Betreutem Wohnen in Familien. Diese unorthodoxe Art der Unterbringung und Betreuung von Menschen, die nicht selbstständig leben können, hat in den letzten Jahren in Deutschland einen enormen Aufschwung genommen. In immer mehr Bundesländern gibt es Betreutes Wohnen in Familien, entstehen neue Teams aus Sozialarbeitern und Pflegekräften, die diese Familien betreuen. Aktuell sind Sachsen und Schleswig-Holstein an den Start gegangen. Die weißen Flecken in der Deutschlandkarte verschwinden allmählich, auch wenn Rheinland Pfalz und einige nördliche Bundesländer immer noch nicht vertreten sind. Ein flächendeckendes Standardangebot gibt es aktuell nur in Baden-Württemberg und Westfalen. Ein kurzer Blick auf Zahlen verdeutlicht dies: Von ca. 2000 vermittelten Menschen in Gastfamilien, leben aktuell allein in Baden-Württemberg 1200 und in Westfalen ca. 300.

Skepsis überwinden

Die Erfahrungen zeigen, dass ein sehr langer Atem nötig ist, um dieses Angebot neu in einer Region zu etablieren. Viele Stolpersteine müssen aus dem Weg geräumt werden. Fachkollegen, aber auch Leistungsträger sind häufig skeptisch bei der Vorstellung, dass Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung dauerhaft bei Laienfamilien leben können. Um insbesondere Leistungsträger von der Notwendigkeit dieser Wohnform zu überzeugen, wurde im Jahr 2007 bei der 22. Bundestagung des Betreuten Wohnens in Familien der sogenannte Gelsenkirchener Appell zur flächendeckenden Einführung des BWF in allen Bundesländern in Deutschland verabschiedet.

Angebote für neue Zielgruppen

Neben der erfreulichen zahlenmäßigen Zunahme der Vermittlungen in Deutschland, zu dem der Gelsenkirchener Appell

sicher seinen Anteil beitrug, ist ein anderer Trend im BWF sichtbar: Die Angebotsvielfalt vergrößert sich. Neben den nach wie vor dominierenden Formen klassischen Betreuten Wohnens in Familien



mit Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung konnten sich andere Formen etablieren: das Angebot »Jungen Menschen in Gastfamilien« (JuMeGa®), das sich um Kinder und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen kümmert, Betreutes Wohnen in Familien für ältere Menschen sowie Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen, Angebote, die sich auf Menschen mit Sucht spezialisiert haben und nicht zuletzt die wichtigen Mutter-Kind-Vermittlungen in Gastfamilien belegen dies eindrucksvoll.

Der Bedarf steigt

Diese quantitativen und qualitativen Zuwächse sind ein Segen, denn die Eingliederungshilfe in Deutschland steht vor einem massiven Dilemma: Einerseits steigt die Zahl der Hilfe suchenden Menschen dramatisch an, andererseits ist nicht mit steigenden Finanzzuwendungen in diesem Sektor zu rechnen. Das Betreute Wohnen in Familien bietet einen Ausweg aus dieser Zwickmühle, da die Zielgruppe Menschen sind, die einen Hilfebedarf haben, der üblicherweise nur stationär zu befriedigen ist. Neben niedrigeren Kosten zeichnet sich diese Wohnform häufig durch eine bessere Lebensqualität aus. Nach wie vor steht der Verfasser dieses

Artikels auf dem Standpunkt, dass 20 % aller Menschen, die ansonsten in stationären Einrichtungen leben müssten, in Familien wohnen können. Deutschlandweit sind wir hiervon noch weit entfernt,

allerdings wird diese Zahl in einigen Landkreisen Baden-Württembergs bereits weit übertroffen.

Anregungen aus dem Ausland

Das Interesse der Leistungsträger am Betreuten Wohnen in Familien steigt, dementsprechend fand auf dem diesjährigen Bundes-Kongress in Tübingen zum Betreuten Wohnen in Familien erstmals ein Workshop zum Erfahrungsaustausch von Leistungsträgern und Leistungserbringern statt. Nur in einem partnerschaftlichen Dialog mit den Kostenträgern kann sich das Betreute Wohnen in Familien weiterentwickeln. Sinnvolle Richtlinien und Arbeitsbedingungen sind für diesen Bereich essenziell.

Um die vorhandenen zu optimieren, wurden in Tübingen auch ausländische Erfahrungen einbezogen. Kollegen und Kolleginnen aus Frankreich und Belgien sowie dem deutschsprachigen Ausland berichteten über ihre Erfahrungen. Besonders in Frankreich ist das Betreute Wohnen in Familien weit verbreitet. Während die dortige soziale Familienpflege mit der klassischen deutschen gut vergleichbar ist, findet die therapeutische Familienpflege der Franzosen bei uns kein Pendant. Dabei arbeiten Gastfamilien, die eine spezielle Ausbildung genos-

VSP Reutlingen

sen haben und bei den Trägern fest ange- stellt sind, auch intensiv therapeutisch mit ihren betreuten Menschen. Eine äußerst enge Begleitung durch externe The- rapeuten ist obligat.

Interessant ist auch, dass in der Schweiz ein Projekt zur Krisenintervention im Rahmen der Akutversorgung gibt, das Gastfamilien in Anspruch nehmen können. Neben diversen Vorträgen fand ein intensiver internationaler Workshop unter Beteiligung von sechs Nationen statt. Ein Ergebnis war, dass alle beteiligten Partner einen kontinuierlichen Aus- tausch dringend wünschen.

Mehr fachliche Vernetzung vonnöten

Entwicklung braucht Antrieb. Ein wichti- ger Motor hierbei ist zweifellos der Fach- ausschuss Betreutes Wohnen in Familien der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP). Anfang 1997 gegrün- det, forciert dieser Ausschuss die fachliche Diskussion in Deutschland, berät

breitung von Fachwissen wird man sich kümmern müssen.

Ein großer Schritt zur Verbesserung des Informationsdilemmas ist im Frühsom- mer 2008 gelungen, indem der Internetauftritt des Fachausschusses vollkommen neu strukturiert wurde. Richard Schießl aus Regensburg hat sich verdienstvoller- weise dieser schwierigen Aufgabe ange- nommen. Es entstand ein hervorragendes Informationsportal, das unter www.bwf-info.de erreichbar ist und das unbürokratisch von allen teilnehmenden Teams finanziert wurde.

Sturm im Wasserglas? Der Steuerstreit

Als Bremser der eigentlich sehr positiven Entwicklung des Betreuten Wohnens in Familien hat sich das Bundesministerium der Finanzen in Berlin erwiesen, als es mit Beschluss vom November 2007 die Finanzämter anwies, ab sofort die Ein- kommen von Gastfamilien, die sie zur Betreuung von Menschen mit Behinde-

ntensiver Bemühungen zur Lösung des Konflikts. Schnell stellte sich heraus, dass dies nur über eine Änderung des § 3 des Einkommensteuergesetzes mög- lich ist, der Ausnahmen festhält. Bisher sieht das Gesetz für Einnahmen von Gastfamilien keinen Ausnahmetatbe- stand vor. Die intensiven Bemühungen ergaben noch keinen endgültigen Durch- bruch. Während sich beispielsweise der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder zur Unterstützung unseres Anliegens be- reiterklärte, kamen vom Landesfinanz- ministerium Baden-Württemberg und dem Bundesfinanzministerium selbst nur negative Reaktionen. Um der Sache noch politischen Druck zu verleihen, wurde von den Teilnehmern der 23. Bundesta- gung des Betreuten Wohnens in Familien eine Resolution verabschiedet, die direkt an die Bundeskanzlerin geschickt wurde. Besonders ärgerlich an der ganzen Ange- legenheit ist, dass es für Familien um ver- gleichsweise viel Geld, beim Bund aber um vernachlässigbare Steuereinnahmen geht. Falls Gastfamilien nach einer Be- steuerung diese wichtige und hervorran- gende Integrationsleistung nicht mehr erbringen wollten, wäre den Nutzer/-in- nen, aber auch dem Sozialstaat ein Bä- rendienst erwiesen worden.

Stand der Dinge Ende November

Am 28.11.2008 hat der Deutsche Bundestag, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bundesrat, beschlossen, dass ab 2009 die Einnahmen der Gastfamilien »zur Pflege, Betreuung, Unterbringung und Verpflegung, steuerfrei zu stellen sind«. Diese Regelung gilt nun auch für Selbst- zahler, deren Entgelte schon immer zu versteuern waren, solange die Zahlungen nicht höher sind, als diejenigen, die von den Ämtern finanziert werden. Der in- tensive Kampf um politischen Einfluss, bei dem viele Kolleginnen und Kollegen sowie Verbände aktiv waren, war letzt- endlich doch erfolgreich. Ein ermutigen- des Zeichen! ■■■

Überarbeiteter Vortrag von **Reinhold Eisenhut**, Geschäftsführer des Vereins zur Förderung einer sozialen Psychiatrie (VSP), Reutlingen – anlässlich des internationalen Kongresses »Familie im Mittelpunkt«, 23. Jahrestagung des Betreuten Wohnens in Familien, am 26.09.2008 in Tübingen.

VSP Reutlingen



Leistungsträger, vermittelt Patenschaften an neue Teams und unterstützt die Ver- anstalter der jeweiligen Bundestagung. Aber die Anforderungen an ihn werden steigen. Mit zunehmender Bedeutung des Betreuten Wohnens in Familien wird sich der Fachausschuss neu aufstellen müssen. Ohne die Bildung von Aus- schüssen, die sich den jeweiligen Spezial- gebieten widmen, wird er künftig nicht effektiv arbeiten können. Eine Arbeits- gruppe zum Thema Mutter/Kind hat sich bereits gebildet, ebenso wird es Foren zu den Themen internationale Beziehun- gen, Forschung etc. geben müssen. Und auch um die Archivierung und die Ver-

rungen erhalten, als »Einkünfte aus frei- beruflicher Tätigkeit« mit Steuern zu be- legen. Lediglich ein pauschaler Steuer- Freibetrag von 300 Euro kann zum Abzug gebracht werden. Dieser Verwaltungsakt steht im krassen Gegensatz zu diversen Schreiben der Landesfinanzministerien, die bisher Einnahmen in diesem Bereich als steuerfrei erklärt haben. Für die Gast- familien, die derzeit maximal ca. 800 Euro erhalten, von denen sie auch die Kosten der Unterkunft und die gesamte Verpflegung bestreiten müssen, bedeutet dies einen Verlust von bis zu 150 Euro monatlich. Seit Februar 2008 gibt es eine Reihe in-